

Migration in Europa

Ein kleiner Wegweiser



Begleitbroschüre zur Tagung

„Europas Zukunft liegt in der Vielfalt. Die Potenziale von
Migranten für die Weiterentwicklung der europäischen Gesellschaft.“
am 23. November 2010 im Rathaus Stuttgart

Impressum

Herausgeber:	Europe Direct Informationszentrum Stuttgart
Konzeption und Gesamtredaktion:	Dr. Stefanie Woite-Wehle
Mitarbeit:	Dr. Levent Güneş Lisa Däumling Nadja Scheglow Manuela Wörner
Abbildung Titelblatt:	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Kindern einer belgischen Grundschule in Brüssel im Oktober 2009 © Europäische Union
Erscheinungsdatum:	19.11.2010

Inhaltsverzeichnis

Impressum	S. 1
Programm der Tagung	S. 3
Vorwort	S. 4
Migration in Europa	S. 5
Literaturhinweise	S. 12
Internet-Links	S. 17

Programm der Tagung vom 23.11.2010

- 09.00 Uhr** **Anmeldung/Registrierung**
- 09.30 Uhr** **Begrüßung und Einführung**
Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart
- 10.15 Uhr** **Demographischer Wandel und seine Folgen.
Herausforderung und Chancen**
Dr. Rainer Münz, Erste Bank Gruppe, Wien
- 11.45 Uhr** **Demographischer Wandel und die Rolle der Global Player**
Bülent Erinkurt, Robert Bosch GmbH, Stuttgart
- 13.30 Uhr** **„Wien ist Vielfalt“**
Dominik Sander, Magistratsabteilung 17 – Integration und
Diversität, Stadt Wien
- 14.00 Uhr** **Europäische Identität(en)**
Professor Dr. Wolfgang Graf Vitzthum, Universität Tübingen
- 15.30 Uhr** **„Europe in my City“**
Junge Stuttgarter/innen stellen ihr Europabild vor.
Ayse Özbabacan, Abteilung für Integration der Stadt Stuttgart
- 16.00 Uhr** **Podiumsdiskussion**
Referenten und Stuttgarter/innen mit Migrationshintergrund
diskutieren über die neue europäische Gesellschaft.
- Moderation der Tagung: Anna Koktsidou, SWR
- Ende gegen 17.00 Uhr**

Vorwort

Die Europäische Union ist auch eine Wertegemeinschaft. Sie engagiert sich gesellschaftspolitisch und unterstützt durch Studien, Sensibilisierungskampagnen, Förderprogramme und gesamtpolitische Vorgaben die Chancengleichheit verschiedenster Bevölkerungsgruppen.

Besonders die Europäischen Themenjahre dienen diesem Anliegen. So gab es z. B. 1997 das Europäische Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und 2007 das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle. 2010 ist das Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das Europe Direct Informationszentrum Stuttgart, das zu einem EU-weiten Kommunikationsnetzwerk der Europäischen Kommission gehört, hat dieses Themenjahr zum Anlass genommen, sich intensiver mit dem Thema Zuwanderung zu befassen und – gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Europa Zentrum Baden-Württemberg – die Tagung „Europas Zukunft liegt in der Vielfalt“ zu organisieren. Dass ein Migrationshintergrund ein „Plus“ sein kann – eine Bereicherung für die Gesellschaft und die Menschen selbst, soll dabei in den Blick genommen werden.

Dieser kleine Wegweiser will dazu beitragen, sich im großen Informationsangebot zum Themenfeld schneller zurecht zu finden und sich die europäische Perspektive einfacher zu erschließen.

Dr. Stefanie Woite-Wehle

Europe Direct Informationszentrum Stuttgart

Migration in Europa



Die europäische Integration ist eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Union: die Schaffung eines immer enger werdenden Zusammenschlusses der europäischen Völker. Eines der jüngsten Felder dieses Zieles der EU bildet der Bereich Einwanderung. Aufgrund der Aktualität gehört Migration bereits zweifellos zu einem der Kernbereiche des europäischen Integrationsprojekts.

Trotz Bemühungen auf europäischer Ebene die Situation der Einwanderer in einen rechtlichen Rahmen zu setzen, bleiben die Souveränitätsansprüche der Mitgliedsstaaten allgegenwärtig.

Dies liegt nicht zuletzt an der innenpolitischen Sensibilität einwanderungspolitischer Fragen und ihrer Relevanz für die staatliche Souveränität und nationale Identität.

Die europäische Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die Mitgliedsstaaten gemeinsame Interessen verfolgen. Diese betreffen vor allem die Verbesserung der staatlichen Kontrolle über Migration, die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit und den Kampf gegen irreguläre Einwanderung und Asylmissbrauch.

Weniger Fortschritt wurde hingegen im Bezug auf die Rechte von Einwanderern in der EU erzielt. Eine Zusammenarbeit im Bereich Arbeitsmigration ist wiederholt an den Souveränitätsansprüchen der Mitgliedsstaaten gescheitert, und im Bereich Ausländerintegration sind nur vorsichtige Koordinierungsschritte erfolgt. Dieser selektive Fokus sowie die Schwierigkeit, nationale Kompetenzen abzugeben, entspringen nicht zuletzt der großen Heterogenität der Mitgliedsstaaten, was ihre Einwanderungssituation und Einwanderungsgeschichte angeht.

Die Historische Entwicklung und aktuelle Situation der Migration

Während ehemalige Kolonialstaaten wie Belgien, Frankreich oder das Vereinigte Königreich bereits im 19. Jahrhundert zu Einwanderungsländern wurden, sind die

mitteleuropäischen Staaten erst nach dem Zweiten Weltkrieg Einwanderungsländer geworden. Nachdem Deutschland bspw. zuvor nur durch Emigration geprägt war, erfuhr das Land in der Nachkriegszeit eine temporäre Zuwanderung aus Osteuropa. Zu Zeiten des Wirtschaftswunders trafen dann weitere ausländische Arbeitnehmer in Ländern wie Deutschland, Österreich, Schweiz und auch Frankreich ein.

Aktuelle Statistiken belegen, dass im Januar 2008 30,8 Millionen ausländische Staatsangehörige in den EU-Mitgliedstaaten lebten, davon waren 11,3 Millionen Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaats. Die verbleibenden 19,5 Millionen waren Drittstaatenangehörige. Somit machten ausländische Staatsangehörige 6,2% der Gesamtbevölkerung der EU aus. Doch bereits seit 1992 ist die Zuwanderung die wichtigste Quelle des Bevölkerungswachstums in der Europäischen Union.

Zuwanderung nach Alter, 2006

	Zuwanderer insgesamt (in Personen)	Zuwanderung nach Alter (% der Gesamtzuwanderung)												
		<15	15-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65+		
Belgien (1)	81 913	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Tsch. Republik	68 183	5,5	26,0	18,1	14,5	11,3	9,6	7,5	4,1	2,0	0,6	0,7	:	:
Dänemark	56 750	14,0	36,0	18,2	10,7	7,0	4,8	3,2	2,1	1,6	1,3	1,1	:	:
Deutschland	661 855	8,5	25,3	17,5	13,2	10,2	8,1	6,6	4,6	2,6	1,3	2,1	:	:
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Irland	103 260	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland (2)	86 693	12,3	19,4	17,5	14,7	11,1	8,3	7,0	5,0	2,9	1,1	0,8	:	:
Spanien	840 844	14,4	23,1	17,3	12,9	9,5	6,6	4,8	3,4	2,7	2,2	2,9	:	:
Frankreich (3)	182 390	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien (1)	440 301	10,0	19,1	20,5	16,2	11,2	8,3	6,0	3,7	1,8	1,3	2,0	:	:
Zypern	15 545	6,0	19,8	19,4	13,7	11,3	9,1	5,9	4,0	3,8	3,6	2,6	:	:
Lettland	2 801	24,8	12,4	9,2	8,5	7,5	5,4	5,5	3,0	4,4	3,2	16,0	:	:
Litauen	7 745	11,3	21,5	19,4	12,9	8,9	8,1	7,1	3,5	2,7	1,4	3,2	:	:
Luxemburg	14 352	16,4	17,8	18,3	14,8	10,9	8,2	5,2	3,3	2,2	1,1	1,7	:	:
Ungarn	21 520	21,0	20,8	15,3	10,2	7,7	5,3	4,8	3,6	3,5	3,4	4,4	:	:
Malta	1 829	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	101 150	14,7	24,9	18,9	13,1	9,6	6,5	4,3	2,8	2,0	1,2	2,0	:	:
Österreich	100 972	11,5	26,4	17,2	12,1	9,5	7,1	5,3	3,7	2,7	2,0	2,7	:	:
Polen (4)	10 802	14,4	15,3	15,0	10,3	7,1	6,9	8,2	7,9	6,3	3,4	5,3	:	:
Portugal (2)	27 703	22,4	18,6	14,3	13,6	10,3	7,9	5,6	3,0	1,9	1,1	1,5	:	:
Rumänien (2)	7 714	10,0	13,1	11,9	14,9	15,4	11,4	8,4	6,5	4,2	1,9	2,3	:	:
Slowenien	20 016	7,9	25,0	16,6	12,9	11,2	9,4	7,3	4,4	2,2	1,2	2,0	:	:
Slowakei	12 611	8,7	22,1	14,1	13,1	11,4	8,7	6,7	5,6	4,2	2,4	3,1	:	:
Finnland	22 451	18,1	20,6	17,5	13,0	8,9	6,5	4,4	3,5	2,7	1,9	2,9	:	:
Schweden	95 750	20,0	20,5	17,5	13,7	9,4	6,5	4,3	2,7	1,9	1,5	2,0	:	:
Ver. Königreich (5)	529 008	4,1	39,5	24,4	12,5	7,8	4,7	3,0	1,9	0,4	0,7	0,8	:	:

(1) 2003.

(2) Ohne Staatsangehörige.

(3) Ohne Staatsangehörige und Ausländer aus der EU-15.

(4) Nur Zuwanderung für unbefristeten Aufenthalt.

(5) Außer Zuwanderung aus Irland; Daten nach Alter: 2005.

Quelle: Eurostat (migr_immictz)

Im Jahr 2007 betrug der Anteil der Zuwanderung am Bevölkerungswachstum im Verhältnis zu natürlichen Faktoren (Geburten minus Sterbefälle) 80 %. So bildet die Einwanderung einen zentralen Faktor im Kampf gegen die Überalterung europäischer Gesellschaften.

Ein Grund für Migration ist oft die berufliche Situation. In Ländern mit weniger regulierten Arbeitsmärkten dominiert beispielsweise die Arbeitsmigration (z. B. im Vereinigten Königreich, Irland, der Tschechischen Republik und Dänemark), während in den meisten sonstigen Staaten die Familienzusammenführung die stärkste Einwanderungskategorie stellt (besonders deutlich in Frankreich und Schweden). Italien und Deutschland nehmen in dieser Hinsicht Mittelpositionen ein, d. h. auf Arbeitsmigration und Familien-zusammenführung lassen sich ähnlich große Anteile zurückführen.

Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in einwanderungspolitische Fragen hat ihren Ursprung in der Verwirklichung der Personenfreizügigkeit und insbesondere dem Beschluss von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Ländern, mit dem ersten Schengener Abkommen von 1985 die Personenkontrollen an ihren Binnengrenzen abzuschaffen. 1990 wurden mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen folgende Bestimmungen eingeführt: die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die Vereinheitlichung der Vorschriften für die Einreise, der kurzfristige Aufenthalt von Ausländern im „Schengen-Raum“ (einheitliches Schengenvisum), die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit und die Bestimmung des für einen Asylantrag zuständigen Mitgliedsstaats in Asylfragen.

Schengener Abkommen

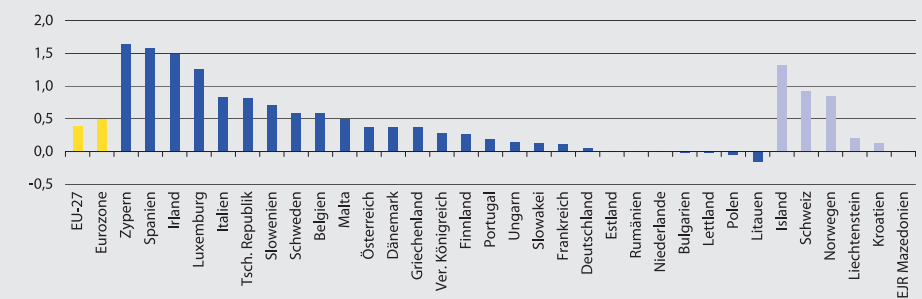
Der Kernbereich der Schengener Abkommen ist die Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten, denen fast alle EU-Mitgliedstaaten, sowie Island, Norwegen und die Schweiz angehören.

Zuwanderungspolitik

Der im Dezember 2009 in Kraft getretene Reformvertrag von Lissabon, beinhaltet das Ziel einer „gemeinsamen Einwanderungspolitik“ (Artikel 79 Lissabonner Vertrag). Dennoch besitzt die EU bis heute keine umfassenden gemeinsamen Regeln hinsichtlich der Aufnahme von Drittstaatsangehörigen sowie der Arbeitsmigration, mit Ausnahme der Familienzusammenführung. Stattdessen hat sich die Kooperation

Wanderungssaldo (korrigiert), 2007 (1)

(in % der Gesamtbevölkerung)

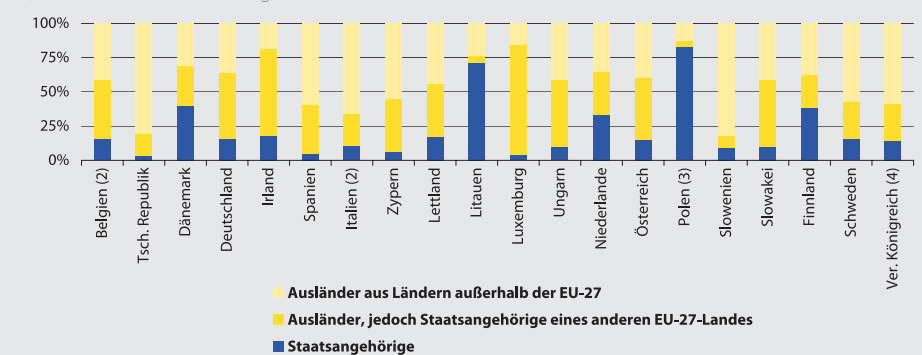


(1) EU-27, Eurozone, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Ungarn, Malta, Portugal, Slowenien, Vereinigtes Königreich, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Liechtenstein: vorläufige Daten.

Quelle: Eurostat (tsdde230 und tps00001)

Zuwanderung nach größeren Staatsangehörigkeitsgruppen, 2006 (1)

(in % der Gesamtbevölkerung)



(1) Belgien, Estland, Griechenland, Frankreich, Malta, Portugal und Rumänien: nicht verfügbar.
 (2) 2003.
 (3) Nur Zuwanderung für unbefristeten Aufenthalt.
 (4) Ohne Einwanderer aus Irland, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Quelle: Eurostat (migr_immictz)

auf die Erarbeitung gemeinsamer Regeln bei der Überschreitung der Außengrenze konzentriert, worunter vor allem die gemeinsame Visumpolitik fällt. Im Vertrag von Lissabon sind weitere Punkte festgelegt, die im Zuge einer gemeinsamen Einwanderungspolitik erarbeitet werden sollen.

Die zentralen europäischen Instrumente im Bezug auf die legale Migration sind die Richtlinie zur Familienzusammenführung und die Richtlinie über die Rechte von niedergelassenen Drittstaatsangehörigen.

Die Richtlinien über die Rechtsstellung von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (2003/109) liefert einen Rahmen, um den rechtlichen Status von Drittstaatlern (mit Niederlassungserlaubnis, d. h. in der Regel nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt) und EU-Bürgern aneinander anzugleichen.

Die Richtlinie 2003/86 legt gemeinsame Mindeststandards für das Recht auf Familienzusammenführung fest.

Integrationspolitik

Im Bereich der Integrationspolitik verfügt die EU über keine Rechtssetzungskompetenzen.

Im November 2004 beschloss der Ministerrat auf Initiative der niederländischen Ratspräsidentschaft eine Reihe von „Gemeinsamen Grundprinzipien für Integration“. Diese beinhalten unter anderem folgende Grundsätze: Integration ist ein beidseitiger Prozess zwischen den Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft, Zuwanderer müssen Respekt für die Grundwerte der EU sowie Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen des Gastlands haben, Beschäftigung und Bildung für die Integration sind zentral und Zuwanderer sollten möglichst an der Integrationspolitik beteiligt werden.

Auch im Reformvertrag von Lissabon unterlassen es die Mitgliedstaaten, für den Bereich Integration neue Handlungskompetenzen an die EU-Organen zu übertragen.

Irreguläre Migration

Schätzungen der Europäischen Kommission zur Folge halten sich zurzeit zwischen 4,5 und 8 Millionen Menschen ohne gültige Papiere in den EU-Mitgliedsstaaten auf. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass jährlich etwa 350.000 bis 500.000 neue irreguläre Migranten dazukommen.



Besuch einer Vertreterin der EU-Kommission und des französischen Integrationsministers bei Rapid Border Intervention Teams (Rabit) an der türkisch-griechischen Grenze im Oktober 2010
© Europäische Union

Besondere Erwähnung verdient der 2007 erfolgte Aufbau von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (sogenannte „Rabits“ – Rapid Border Intervention Teams), welche als Vorläufer einer möglichen europäischen Grenzpolizei betrachtet werden können.

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde die Kompetenz für den Abschluss von Rücknahmeübereinkommen mit Transit- oder Herkunftsstaaten auf die Europäische Kommission übertragen.

Unionsbürgerschaft

Mit der Unionsbürgerschaft wurde das schon zuvor vom Europäischen Gerichtshof bestätigte Recht jedes Unionsbürgers festgeschrieben, sich in der EU frei bewegen und aufhalten zu können, ohne sich dabei auf eine Erwerbstätigkeit berufen zu müssen.

Der Maastrichter Vertrag begründete auch das aktive und passive Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen. Weiterhin wurde mit der Unionsbürgerschaft ebenfalls der diplomatische und konsularische Schutz verbessert, indem Unionsbürger das Recht erhielten, alle Mitgliedsstaaten, die in einem Drittland vertreten sind, um Hilfe zu bitten, wenn ihr eigener Mitgliedsstaat dort nicht vertreten ist.

Die Unionsbürgerschaft verleiht den EU-Bürgern folgende Rechte:

- Das Recht, sich in der EU frei zu bewegen und sich an einem beliebigen Ort der Union niederzulassen;
- Das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunal- und Europawahlen in dem Land der EU, in dem man seinen Wohnsitz hat, auch wenn man kein Staatsangehöriger dieses Landes ist;
- Das Recht auf diplomatischen oder konsularischen Schutz durch jedes andere Land der Union, wenn man sich außerhalb der EU in einem Drittstaat aufhält, in dem der Heimatstaat keine Botschaft und kein Konsulat unterhält
- Das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten, eine Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten einzureichen oder sich schriftlich an jede beliebige EU-Institution zu wenden.

Der Vertrag von Amsterdam schließlich erweiterte die Rechte der Unionsbürger durch die Aufnahme eines Verbots von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Die Schaffung einer einheitlichen Unionsbürgerschaft berührt jedoch in keiner Weise die sehr große Heterogenität der Staatsbürgerschaftsregeln der Einzelstaaten. Allerdings ergänzt die Unionsbürgerschaft die nationalen Staatsbürgerschaftsregeln und ersetzt sie nicht.

Dr. Levent Güneş

Europa Zentrum Baden-Württemberg

Kommentierte Literaturhinweise

Asyl- und Migrationspolitik der EU – Ein Kräftespiel zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit. Diskussionspapier aus dem Jahre 2006 von Daniela Jahn, Andreas Maurer, Verena Oetzmann, Andrea Riesch, der Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. In diesem Diskussionspapier sollen sowohl der Weg der Europäischen Union zu einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik als auch aktuelle Entwicklungen betrachtet werden. Kapitel zwei und drei beschäftigen sich mit der Entwicklung dieses Politikfeldes, dem Tampere-Aktionsprogramm und dessen Umsetzungen im Bereich der Asyl und Einwanderungen. Als neuralgischer Punkt der Asyl- und Einwanderungspolitik hat sich die illegale Einwanderung erwiesen. Daher wird dieser Thematik ein gesondertes Kapitel (vier) eingeräumt. Der Europäische Rat verabschiedete auf seiner Tagung am 4. und 5. November 2004 das Haager Programm als das zweite Fünf-Jahres-Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union. Dieses Programm sowie die sich bisher daraus ergebenden Entwicklungen werden in Kapitel fünf analysiert.

In Kapitel sechs soll es um die externe Dimension der Thematik gehen, hier wird die Rolle der nordafrikanischen Nachbarstaaten erörtert. Zwei Schwerpunkte sollen bei der Beschäftigung mit diesem Themenbereich im Vordergrund stehen. Zum einen die Frage nach dem Umgang der Europäischen Union mit der Wirtschaftsmigration und zum anderen die externe Dimension, also die Kooperation mit den Nachbarstaaten der EU, die insbesondere im Zusammenhang mit der Debatte um den Aufbau von Regionalen Schutzprogrammen beziehungsweise ausgelagerten Auffanglagern diskutiert wurden.

Chance und Herausforderung zugleich – Migration in der Europäischen Union. Innerhalb der Europäischen Union betreibt jeder Mitgliedstaat seine eigene nationale Einwanderungspolitik. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben allerdings erkannt, dass der Umgang mit Einwanderungsfragen eine gemeinsame Priorität darstellt und dass ihre Länder allesamt vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Die kleine Broschüre zeigt die wichtigen Aspekte der Einwanderungspolitik auf.

Deutschland und Europa – Migration in Europa wird von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben. In der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Deutschland &

Europa“ wird die aktuelle Debatte um Integration und Migration in Deutschland aufgenommen und richtet gleichzeitig den Blick auch auf die gesamteuropäischen Entwicklungen. In länderspezifischen Beiträgen wird die Migrationspolitik in Großbritannien, Spanien, Italien und Polen vorgestellt und damit die Situation in EU-Mitgliedsstaaten beleuchtet, die vor ähnlichen Problemen wie Deutschland stehen, teils aber unterschiedliche Aufnahme- und Integrationsstrategien entwickelten.

Für den Unterricht an weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg enthält das Themenheft umfangreiche Materialien wie Statistiken, Zeitungskommentare und Karikaturen, die zur Versachlichung der Debatte beitragen sollen.

Enzyklopädie – Migration in Europa, Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, herausgegeben von: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer, 2. unveränderte Auflage 2008, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co KG. Das verfügbare Wissen über Migration und Integration stellt die umfangreiche Enzyklopädie Migration in Europa übersichtlich, klar und kompetent bereit. Der erste Teil behandelt alle europäischen Großregionen und Länder in ausführlichen epochenübergreifenden Überblick. Er bietet den Orientierungsrahmen für die folgenden rund 220 Artikel zu den vielgestaltigen einzelnen Migrantengruppen in Europa von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart.

Europäische Migrationspolitik – Bestandsaufnahme und Trends, Autorin: Petra Bendel, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieses Gutachten von Petra Bendel dient dazu, die wichtigsten Entwicklungslinien darzustellen und zu analysieren, aber auch mögliche Trends aufzuzeigen. Eine ihrer Forderungen ist, die Transparenz der Entscheidungsfindung auf Europäischer Ebene zu erhöhen. Dazu gehört auch, Nicht-Regierungsorganisationen verstärkt in die politische Arbeit einzubinden. Diese Expertise stellt notwendiges Hintergrundwissen zur Verfügung, um eine sachkundige Diskussion über die Weiterentwicklung einer europäischen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik führen zu können.

Der Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung behandelt ausführlich das Migrationsgeschehen in Deutschland im Jahr 2008, beschreibt jedoch auch die Zu- und Abwanderung seit den 1990er Jahren. Er erörtert dabei insbesondere die Entwicklung seit Inkrafttreten des Zu-

wanderungs- gesetzes zum 1. Januar 2005 und der Änderungen des Aufenthalts- sowie des Freizügigkeitsgesetzes durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz. Zudem werden bereits Rechtsänderungen, die durch das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft traten, dargestellt.

Außerdem geht der Bericht zusätzlich zur ausländischen Bevölkerung auch auf die soziodemographische Struktur der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund insgesamt ein, die auch das Migrationsgeschehen Deutschlands widerspiegelt. In Deutschland hat mittlerweile fast jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund. Diese Daten bilden die Grundlage dafür, dass Integrationsverläufe von Migranten besser nachgezeichnet werden können. Hier zeigt sich die enge Verknüpfung der Themen Migration und Integration.

Der Migrationsbericht 2008 schließt in seinem Aufbau an den letztjährigen Bericht an. Er behandelt jedoch einige Themenbereiche differenzierter als im Vorjahr. Dies schlägt sich in ergänzenden Unterkapiteln in den Bereichen „Arbeitsmigration“ und „Abwanderung“ nieder. Zudem enthält der Bericht ein zusätzliches Kapitel zum Zusammenhang von Migration und Entwicklung, da das Thema im Kontext der Diskussion um „zirkuläre Migration“ stark an Bedeutung gewonnen hat.

Die Europäische Kommission hat einen neuen Bericht in der Reihe „Policy Reviews“ mit dem Titel **„Moving Europe – EU research on migration and policy needs“** herausgegeben. Demographie, Migration, Integration und sozialer Zusammenhalt sind Schlüsselthemen für die gegenwärtige und zukünftige Europäische Union. Forschung in diesen Gebieten ist zudem ein Kernbereich im Thema „Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften“ des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms. Der nun veröffentlichte Bericht enthält kurze Beschreibungen von EU-geförderten Projekten der letzten fünf Jahre, die sich mit den Bereichen Migration und Integration von MigrantInnen beschäftigen.

Projekt Europa 2030 – Herausforderungen und Chancen. Bericht der Reflexionsgruppe über die Zukunft der EU 2030 an den Europäischen Rat. Der Europäische Rat setzt eine unabhängige Reflexionsgruppe ein, die dazu beitragen soll, dass die Union die Herausforderungen auf lange Sicht (Horizont 2020 - 2030) effizienter vorhersehen und bewältigen kann. Die Gruppe sollte von den in der Berliner Erklärung vom

25. März 2007 aufgezeigten Herausforderungen ausgehen und die entscheidenden Themen und Entwicklungen ermitteln, mit denen die Union sich voraussichtlich auseinandersetzen muss, und analysieren, wie sie anzugehen wären.

Sozialagenda – Migration: Europas Gesicht verändert sich.

Die Ausgabe Nr. 17 von „Sozialagenda“ ist den Herausforderungen und Chancen der Migration gewidmet, unter anderem der Rolle der Europäischen Beschäftigungsstrategie und dem Thema sozialer Eingliederung.

Stuttgarter Bündnis für Integration – Fortschreibung 2009.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat im Jahre 2001 mit dem Bündnis für Integration als erste deutsche Großstadt ein Konzept zur kommunalen Integrationspolitik im Sinne einer Gesamtstrategie entwickelt. Exemplarisch werden im aktuellen Bericht auch wieder modellhafte Initiativen der freien Träger und anderer nicht städtischer Institutionen dargestellt. Die Broschüre „Stuttgarter Bündnis für Integration. Fortschreibung 2009“ umfasst auch statistisches Material.

Vielfalt in Europa: Die Reise geht weiter – Vorteile für Unternehmen, Perspektiven und bewährte Verfahren. In dieser Veröffentlichung, die für die Generaldirektion für Beschäftigungspolitik, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit verfasst wurde, werden die Ergebnisse verschiedener Analysen zum Thema Vielfalt und zu den Möglichkeiten, wie die Vielfalt am Arbeitsplatz respektiert werden kann, zusammengetragen.

In zahlreichen Unternehmen ist in geradezu rasantem Tempo die Einsicht gereift, dass die Förderung und Wahrung der Vielfalt am Arbeitsplatz angesichts des herrschenden Wettbewerbs ein wichtiger strategischer Vorteil ist – nicht nur für international tätige Konzerne, sondern auch für kleine und mittelständische Betriebe sowie Organisationen und Organe, die sich mit betrieblicher Weiterbildung und Förderung beschäftigen. Diese Veröffentlichung ist als Leitfaden und Unterstützung für Unternehmen, die sich in verschiedenen Phasen der Umsetzung von Vielfalt am Arbeitsplatz befinden, gedacht. Sie richtet sich an Unternehmen aller Größen, Organisationen zur Betriebsförderung, Handelsschulen und Wirtschaftshochschulen.

Die Studie **„Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika“** liefert eine aktuelle und ausführliche Analyse der Faktoren, die auf dem afrikanischen Kontinent zukünftige Migrationen auslösen können.

Nach einer kurzen Einbettung des Begriffs Migrationspotenzial in migrationstheoretische Ansätze, werden vier Aspekte beleuchtet:

- 1) die demographischen Strukturen des afrikanischen Kontinents im Vergleich zu Europa,
- 2) die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt,
- 3) politische Faktoren wie Regierungsformen und Konflikte, sowie
- 4) umweltrelevante Faktoren wie z.B. Auswirkungen des Klimawandels.

Die Ergebnisse werden in Bezug gesetzt zu den aktuellen regulären und irregulären Migrationsbewegungen zwischen Afrika und Europa sowie den bereits hier lebenden afrikanischen Bevölkerungen. Vor dem Hintergrund dieser Analysen der Entwicklung des Migrationspotenzials erfolgt eine qualitative Einschätzung der möglichen zukünftigen Migrationen innerhalb Afrikas, nach Europa und nach Deutschland.

Verfasserin der Studie ist Susanne Schmid.

Manuela Wörner

Internet - Links

Migration allgemein:

- Datenbank zur Recherche über Migration allgemein
<http://www.prominstat.eu/>
- Informationsportal zum Thema Migration allgemein
<http://www.migration-info.de/>
- Informationen der Bundesregierung zum Thema Migration
<http://www.bamf.de>
- Jährlicher Migrationsbericht des Bundesinnenministeriums, Ausg. 2008
<http://www.bmi.bund.de> → Veröffentlichungen & Dokumente
→ Publikationen, Seite 6
- Aktuelle Informationen und Trends zur Migrationspolitik der EU, Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06306.pdf>
- Statistischer Bericht zur Altersstruktur der Migranten in der EU, 2010
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> → Veröffentlichungen → Statistik kurz gefasst → Bericht Nr. 45/2010
- Themenschwerpunkt Migration: Die Geschichte der Migration in Europa, Informationen auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung, 2008
<http://www.bpb.de/themen> → Gesellschaft → Migration → in der EU
→ Geschichte
- Publikation zu den Risiken und Chancen der Migration in Europa, Ausführliche Informationen mit Statistiken des HWWI, 2006
<http://www.gurn.info/en/topics/migration> → contribution of migrant workers to the global economy → the costs and benefits of european immigration
- Portal für Migrationsforschung
<http://www.cmsny.org/>
- Themenschwerpunkt Migration: Migration im europäischen Vergleich, Informationen auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung, 2008
<http://www.bpb.de/themen> → Gesellschaft → Migration → in der EU
→ Handlungsfelder → Migrationsdaten
- Netzwerk der Europäischen Migration, Informationen (v.a. Statistiken) zur Migration in Europa
<http://emn.sarenet.es>
- Europäisches Forum für Migrationsstudien der Universität Bamberg, Informationen zum Thema Migration
<http://www.efms.uni-bamberg.de>

Irreguläre Migration:

- Bericht mit Informationen und Schätzungen zum Thema irreguläre Migration in Europa, Abschlussbericht der Organisation Clandestino, 2009
<http://clandestino.eliamep.gr> → Clandestino Final Report
- Bericht mit Informationen und Statistiken zum Thema Entwicklung der Irregulären Migration in Europa, Publikation der Organisation Clandestino, 2009
<http://irregular-migration.hwwi.de> → Final results of the EU funded project CLANDESTINO → Size of irregular migration

Unionsbürgerschaft:

- Webseite der Europäischen Kommission zur europäischen Bürgerinitiative
http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative

- Webseite der Europäischen Kommission mit Informationen zur Unionsbürgerschaft und Bürgerechten allgemein
<http://ec.europa.eu/youreurope/citizens>
- Homepage des EU-Bürgerbeauftragten Nikiforos Diamandouros
<http://www.ombudsman.europa.eu>
- Bericht mit Informationen und Statistiken zum Thema Neuerwerb der Unionsbürgerschaft, 2010
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> → Veröffentlichungen → Statistik kurz gefasst → Nr. 36/2010

Asyl:

- Bericht mit Informationen und Statistiken zum Thema Asylanträge in der EU (erste Reaktionen und Entscheidungen), 2010
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> → Veröffentlichungen → Daten kurz gefasst → Nr. 32/2010
- Bericht mit Informationen und Statistiken zum Thema Asylanträge in der EU (Herkunft), 2010
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> → Veröffentlichungen → Statistik kurz gefasst, 2. Seite → Nr.27/2010
- Informationen zu Asyl- und Integrationspolitik der EU, Publikation der Humboldt Universität Berlin u.a.
<http://www.swp-berlin.org> → Dossiers → EU-Asyl-, Migrations- und Justizpolitik

Integration:

- Homepage der Europäischen Kommission zum Thema Integration
<http://ec.europa.eu/ewsi/de>

- Aktuelle Informationen und Trends zur Integrationspolitik der EU, Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07550.pdf>
- Informationen zur Integration von Migranten, Handbuch der Integration der Europäischen Kommission, 2007
<http://ec.europa.eu/home-affairs> → Documentation centre → Immigration → Integration → Punkt V, handbook on immigration
- Informationsbericht zum Thema Arbeitsintegration von Migranten, Broschüre der Europäischen Stiftung, 2008
<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2008/71/de/1/ef0871de.pdf>
- Informationen zur Integration von Migranten auf dem europäischen Arbeitsmarkt (Beitrag, Trends), Publikation des HWWI
<http://www.oecd.org/dataoecd/43/15/38295272.pdf>

Diskriminierung:

- Homepage der Europäischen Kommission zum Thema Bekämpfung von Diskriminierung
<http://ec.europa.eu/social> → de → Bekämpfung der Diskriminierung

EU-Recht:

- Zusammenfassung der EU-Gesetze zum Thema Asyl/Immigration auf der Homepage der Europäischen Union
http://europa.eu/legislation_summaries → Justiz, Freiheit und Sicherheit
- Richtlinie zur Unionsbürgerschaft der EU auf der Homepage der Europäischen Union (Amtsblatt)
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:158:0077:0123:DE:PDF>

- EU-Asylrecht in Deutschland, Informationen der Bundesregierung, 2010
<http://www.bundesregierung.de> → Europa und der Euro → Europa-Lexikon

Förderprogramme der EU:

Die Europäische Union bietet einige Förderprogramme im Rahmen, der Integrations- und Migrationspolitik an. Anträge können jegliche Organisationen stellen, die sich weitgehend mit Migration beschäftigen.

- Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF):
Förderzeitraum 2008-2013
Förderung von Projektarbeit zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen (kulturelles Leben, Bildung, Arbeitsmarktzugang, Sprachunterricht) für Drittstaatsangehörige, Evaluierung und Monitoring, Strukturverbesserung von Asylpolitik (Planung, Umsetzung und Überwachung) und Aufnahmeverfahren. Weiterhin wird die Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken für Einrichtungen, die sich mit Migration beschäftigen, gefördert.

http://europa.eu/legislation_summaries → Justiz, Freiheit und Sicherheit
→ Freier Personenverkehr, Asyl und Immigration

- Europäischer Integrationsfonds:
Förderzeitraum 2007-2013
Ziel: Integration von Drittstaatsangehörigen, Unterstützung und Durchführung von Aufnahmeverfahren, Entwicklung und Umsetzung von Integrationsprozessen neu zugewanderter, Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Durchführung von Integrationskompetenzen

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/integrationsfonds.html>

- Europäischer Rückkehrfonds:
Förderzeitraum 2008-2013
Förderung von Projektarbeiten im integrierten Rückkehrmanagement, in Kooperation der Mitgliedstaaten, in Harmonisierung des Rechts im Sinne einer gemeinschaftlichen Rückkehrpolitik
Förderung von sowohl freiwilligen, als auch gezwungenen Rückkehrern

<http://ec.europa.eu/home-affairs> → Funding → Return

- Europäischer Sozialfonds:
Förderperiode 2007-2013
Für Personen mit Migrationshintergrund, die Weiterqualifizierung (fachlich und sprachlich) benötigen, Ziel ist Integration in Arbeitsmarkt
Gefördert werden v. a. Migranten ohne für den Arbeitsmarkt ausreichendes Sprach- oder Qualifikationsniveau, Bedingung ist ein gesicherter Aufenthaltsstatus

<http://www.esf.de>

Weitere Informationen zu EU-Fördermitteln:

- Leitfaden zur Antragsstellung auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
<http://www.bamf.de> → Integration → EU-Fonds → Europäischer Flüchtlingsfonds
- Informationen zur rechtlichen Lage der EU-Fördermittel auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
<http://www.bamf.de> → Integration → EU-Fonds → EU-Förderbestimmungen

Wenn Sie Fragen zum Thema Europa haben,
besuchen Sie uns im Europahaus.

Europe Direct Informationszentrum Stuttgart

Nadlerstr. 4

70173 Stuttgart

info@europe-direct-stuttgart.de

www.europe-direct-stuttgart.de

Tel: 0711/ 23 49 37 1



Unsere Öffnungszeiten sind:

Mo - Do: 9.30 - 17.30 Uhr und Fr: 9.30 - 15.30 Uhr

sowie nach Vereinbarung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.